

der Regierung der BRD und dem Senat von Westberlin. Sie unterstrich, daß Vertrag und Vereinbarungen völkerrechtliche Gültigkeit besitzen und die internationale Autorität der Deutschen Demokratischen Republik weiter stärken.

Im Verlaufe der Verhandlungen wurde mit Befriedigung festgestellt, daß immer mehr Staaten diplomatische Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik aufnehmen. Das trägt wesentlich zur Festigung des internationalen Friedens und der Sicherheit bei. Es ist ein Gebot der Zeit, völkerrechtliche Beziehungen zwischen der DDR und der BRD herzustellen und unverzüglich die DDR und die BRD gleichzeitig und völlig gleichberechtigt in die UNO und deren Spezialorganisationen aufzunehmen.

Seitens der DDR wurden die Anstrengungen gewürdigt, die die USAP und die Regierung der UVR in ihrer außenpolitischen Tätigkeit unternehmen. Sie dienen den gemeinsamen Zielen der sozialistischen Länder, der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik.

Die Repräsentanten der beiden Staaten stellen mit Befriedigung fest, daß zwischen der Regierung der CSSR und der Regierung der BRD ein Meinungsaustausch über die ungelösten Fragen in den Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern geführt wird, vor allem über die Anerkennung der Ungültigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an. Sie unterstützen nachdrücklich die gerechten Forderungen der CSSR.

Die Gesprächspartner würdigten die Ergebnisse der Prager Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 25. und 26. Januar 1972 und die dort angenommene Deklaration über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sie stimmen darin überein, alles zu unternehmen, um die sich aus diesem Dokument ergebenden Aufgaben zu erfüllen.

Es besteht Übereinstimmung, daß die erforderlichen Voraussetzungen für die Durchführung einer europäischen Sicherheitskonferenz vorhanden sind. Diese Konferenz kann ein wirksames Instrument zur Stärkung des Friedens, der Sicherheit und zur Förderung der Zusammenarbeit sein.

Beide Seiten sind der Auffassung, daß die Vorbereitung der europäischen Sicherheitskonferenz nicht durch künstliche Hindernisse verzögert werden darf, die multilaterale Vorbereitungsarbeit unverzüglich begonnen werden muß, damit die Konferenz im Jahre 1972 einberufen werden kann.

Die Partei- und Regierungsdelegationen begrüßen es, daß die europäische Öffentlichkeit aktiv für Entspannung, gutnachbarliche Beziehungen der Staaten und ihrer Völker, für den europäischen Frieden und die Sicherheit eintritt.